

Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzlande

Grenzfriedensbrief Nr. 5

Briefwechsel und Aussprache mit Sydslesvigsk Udvalg

Der im letzten Grenzfriedensbrief bekanntgegebene Briefwechsel mit „Herrn Jensen in Dänemark“ fand in Wirklichkeit statt mit Herrn Oberstleutnant Toussieng, dem Sekretär von Sydslesvigsk Udvalg in Kopenhagen. Es handelt sich um den Verein, der bei uns als derjenige gilt, der in der dänischen Arbeit in Südschleswig die größte Aktivität zeigt und die weitesten Ziele sich steckt. Ich hatte damals noch nicht das Einverständnis zur Veröffentlichung und zog es vor, einen Decknamen zu benutzen. Wenn ich auch befürchte, daß das Interesse unserer Leser an diesem Briefwechsel erlahmen kann, möchte ich doch noch ein Schreiben und meine Antwort darauf hier zur Kenntnis geben.

Sydslesvig Udvalg af 5. Mai 1945

Kopenhagen, den 24. Oktober 1951

St. Kongensgade 110 K

Der Sekretär

Sehr geehrter Herr Schulrat!

Selbstverständlich habe ich nichts gegen eine Veröffentlichung unseres Briefwechsels einzuwenden. Im Gegenteil finde ich darin eine ausgezeichnete Form, Sachkenntnis zu verbreiten. Da es sich ja nicht um Privatbriefe im eigentlichen Verstand handelt, finde ich übrigens nicht einmal, daß es notwendig ist, eine Erlaubnis zu ihrer Veröffentlichung einzuholen. Ich sehe darum auch nicht ein, daß Bedenken vorliegen sollten, meinen richtigen Namen zu nennen.

Es wird diesmal freilich kein langer Brief, aber ich muß doch kurz auf eine ernste Unrichtigkeit Ihrer letzten Ausführungen eingehen. Sie schreiben: „Die beiden Staaten stehen immer noch auf dem Standpunkt, daß man der Minderheit Schwierigkeiten machen muß, wo man irgend einen Vorwand dafür finden kann.“

Was Dänemark anbetrifft, ist diese Behauptung so falsch wie irgend möglich. Abgesehen von dem bekannten (famösen) Schulgesetz, das aus Entnazifizierungsgründen und auf Anregung der alliierten Mächte eingeführt wurde — und das voraussichtlich schon während der jetzigen Tagung des Reichstags aufgehoben wird — gibt es keinen Unterschied in den Rechten dänischer Staatsbürger, zu welcher nationalen Gesinnung sie sich auch bekennen mögen, und es gibt keinen verantwortlichen Dänen (Beamten, Politiker, Journalist o. a.) der nach einem Vorwand sucht, um irgend wem aus solchem Grunde Schwierigkeiten zu machen. Die Haltung des dänischen Staats gegenüber Island und den Färöern und den deutsch gesinnten Nord-

schleswigern hat vollauf bewiesen, daß wir keinen zwingen wollen, sich uns anzugleichen oder uns zu lieben. Ich weise im übrigen hin auf das, was ich Ihnen auf Ihren Brief vom 14. 8. 51 antwortete. Diese beiden Briefe verdienen eigentlich auch, veröffentlicht zu werden.

Mit freundlichen Grüßen Ihr ergener
E. Toussteng

Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzlande
(Grenzfriedensbund)
Der geschäftsführende Vorsitzende

Husum, den 30. Dezember 1951

Sehr geehrter Herr Oberstleutnant!

Sie haben gewiß die Hoffnung aufgegeben, eine Antwort auf Ihren Brief vom 24. 10. zu erhalten. Ich habe aber gar nicht daran gedacht, ihn unbeantwortet zu lassen, sondern nur den Eindruck gehabt, daß es mit der Antwort gar keine Eile hatte. Das Ergebnis unseres Briefwechsels und unserer Aussprache ist immerhin dies, daß wir einander in unseren verschiedenen Auffassungen kennen lernten, und solches Kennenlernen ist an sich schon Gewinn. Freilich werden wir beide zu der Überzeugung gekommen sein, daß ein Ausgleichen der Auffassungen ebenso aussichtslos ist wie ein Wechsel der Meinungen.

Diesmal haben Sie daran Anstoß genommen, daß ich schrieb: Die beiden Staaten stehen noch auf dem Standpunkt, daß man der Minderheit Schwierigkeiten machen muß, wo man irgend einen Vorwand dafür finden kann.“

Ich habe mir nachträglich selber Gedanken gemacht, ob ich mit dieser Behauptung nicht zu weit gegangen bin. Wenn ich sage „Staat“, meine ich die offiziellen Stellen in Gesetzgebung und Verwaltung, und da fürchte ich, daß unsere schleswig-holsteinischen Behörden Einspruch erheben werden, und im Augenblick weiß ich tatsächlich keinen Fall aus jüngster Zeit, der bei uns als Beweis für meine Behauptung, die nichtsdestoweniger aufrecht erhalten wird, angeführt werden könnte. Gemeindevertretungen rechne ich nicht zu den oben genannten Stellen.

Was aber Dänemark anbetrifft, denke ich an die Auswirkung jener unseligen Gesetze mit rückwirkender Kraft von 1945 und 1946, die unser mühsam aufgebautes deutsches Kultur- und Schulwesen in Nordschleswig zerschlagen und soviel Not über unsere Lehrer und Landsleute gebracht haben.

Ich weiß, daß unsere beiden Meinungen über diese Dinge so weit auseinander klaffen, daß wir uns gegenseitig nicht verstehen. Sie haben das Recht der Sieger auf Ihrer Seite und können sagen, daß jene Maßnahmen nicht gegen die deutsche Minderheit, sondern gegen die Nationalsozialisten gerichtet waren. Aber Tatsache ist, daß man dadurch unsere Minderheit aufs schwerste getroffen hat, und wir glauben nicht, daß es unbeabsichtigt war.

Sie können als Gegenbeispiel auf das jüngst vom schleswig-holsteinischen Landtag beschlossene Gesetz hinweisen, nach dem 7,5 % der Wählerschaft

erforderlich sind, um als Partei bei uns vertreten zu sein. Es ist nicht gegen die dänische Minderheit gerichtet, aber Sie und ich fürchten, daß sie dadurch getroffen werden könnte, und würden das bedauern. Nun hat die Landesregierung versichert, daß sie Sorge treffen wird, daß der Fall nicht eintritt. Eine ähnliche Zusage haben wir seinerzeit von Dänemark nicht gehört. Jene Gesetze hat man mit voller Wucht sich gegen die Minderheit auswirken lassen. Unsere vor 1933 errichteten deutschen Privat- und Gemeindeschulen sind weder durch noch für den Nationalsozialismus geschaffen worden, auch die nach 1933 nicht. Es waren Pflegestätten deutschen Volkstums. Sie alle sind jenen Gesetzen zum Opfer gefallen.

Das geschaffene Recht spricht für Sie. Es gab Ihnen eine Handhabe, einen Schlag gegen unsere Minderheit zu führen, von dem sie sich schwer wird erholen können. Dennoch bin ich der Überzeugung, und viele Ihrer Landsleute sind mit mir darin einig, daß auf lange Sicht jene Maßnahmen auch vom dänischen Standpunkt aus nicht nur verfehlt, sondern auch ungerechtfertigt sind.

Ich gebe zu, daß es für uns Deutsche schwer oder unmöglich ist, uns in die Lage des dänischen Volkes zwischen 1940 und 1945 hineinzusetzen und darum auch schwer und unmöglich, einen Maßstab zu finden für das, was sich im dänischen Gemüt in jener Zeit angesammelt hat. Darum lassen wir lieber das Vergangene vergangen sein. Sorgen wir dafür, daß auf beiden Seiten eine Gesinnung einzieht, die geschlagene Wunden wieder heilen läßt und aus der heraus man die Minderheiten nicht nur nach Recht und Billigkeit, sondern mit Wohlwollen behandelt.

Die Minderheiten werden „die Gesetze beachten und ihre Pflichten gewissenhaft erfüllen“ müssen, auch dem Volk, mit dem sie zusammenleben, die Achtung nicht versagen, die sie selber von andern erwarten. Dafür soll der Staat in Treue sich ihrer annehmen, ihnen Schulen bauen, Lehrer ausbilden und ihnen den vollen Anteil an der Kultur des Volkes sichern, zu dem sie sich bekennen. Die Staaten müssen die Minderheiten behandeln wie ein Pflegekind, dem sie aus Anstandsgefühl sich besonders verpflichtet fühlen. Dann wird man nicht mehr nach Vorwänden suchen, ihnen das Leben schwer zu machen.

Sehr geehrter Herr Oberstleutnant, ich habe aus unserer persönlichen Aussprache im Sommer so viel Ermunterung mitgenommen, daß ich aufrichtig hoffe, daß wir in weiterer Aussprache, wenn auch nicht zu einer Einigung kommen, so doch zu einer Klärung mancher Dinge, die um und vor uns liegen. Darf ich Sie darum zum Schluß bitten, demnächst hier in Husum oder in Flensburg oder an einem anderen Ort Südschleswigs unser Gast zu sein, daß wir in kleinem Kreise uns unterhalten über alles, was uns auf dem Herzen liegt. Ich würde mich über eine grundsätzliche Zusage sehr freuen und bleibe mit den besten Wünschen für das neue Jahr

Ihr sehr ergebener

D. Hansen

Aber das Prinzip der Gegenseitigkeit

Es ist in letzter Zeit viel davon die Rede, daß die Erleichterungen im Leben der Minderheiten südlich und nördlich der Grenze nur Zug um Zug erfolgen dürften. Die Kieler Erklärung spricht von der „bestimmten Erwartung“, daß die dänische Regierung der deutschen Minderheit dieselben Rechte und Freiheiten einräumen wird, die wir der dänischen gewähren, und es werden auf deutscher Seite Stimmen laut, daß diese Erwartung nicht erfüllt wurde und man deshalb die gegebenen Zugeständnisse zurückziehen müßte. Auf dänischer Seite glaubte man umgekehrt nachweisen zu können, daß die Rechte der deutschen Minderheit in Nordschleswig bedeutend umfassender seien als die der dänischen Minderheit bei uns.

Ohne auf die Berechtigung der einen oder anderen Behauptung einzugehen, möchte ich vorausschicken, daß solche Einstellung von Gesichtspunkten getragen wird, die mit der hohen Kultur der beiden Völker und mit der hohen Idee des Minderheitenschutzes, um den es hier geht, nicht vereinbar sind. Sie entspringen einem Niveau primitiver Instinkte, die im Kriege, wo sittliche Beweggründe im Umgang der Völker bis auf einen dürftigen Rest ausgeschaltet sind, vielleicht gerufen werden mußten, um den Feind zu menschlicher Behandlung der Gefangenen oder zur Unterlassung unmenschlicher Kampfmethoden zu bewegen. Damit begibt man sich aber auf eine Ebene, die meistens das Unmenschliche ins Teufliche übersteigert. Das Unterlassen des Menschlichen aber oder des Guten mit der Begründung, daß der andere darin vorangehen soll, ist die Anwendung des gleichen Prinzips mit anderem Vorzeichen und führt zum Beharren auf einem Tiefstand sittlicher Entwicklung, den kein Volk vor der Welt verantworten kann.

Recht und Wahrheit sind unteilbare Werte, die nicht in Raten gezahlt werden können.

Die besonnenen Kreise des dänischen Volks haben längst erkannt und gesagt, daß die Haßbeschlüsse gegen die deutsche Minderheit von 1945 und 1946 vor dem dänischen Gewissen und vor dem Gewissen der Welt nicht bestehen können. Wir warten trotzdem immer noch darauf, daß man sie zurücknimmt und daß das erlittene Unrecht wieder gutgemacht wird. Das darf aber kein Grund sein, daß wir mit Maßnahmen zurückhalten, die wir in der Behandlung der dänischen Minderheit bei uns für recht und billig ansehen, oder Vergünstigungen rückgängig machen, die wir bereits gewährt haben.

Es hat jemand gesagt: „Alles nun, was ihr wollt, daß euch die Leute tun sollen, das tut ihr ihnen auch, und alles, was ihr wollt, daß euch die Leute nicht tun sollen, das tut ihnen auch nicht.“ Das ist das Grundgesetz für das Zusammenleben der Menschen unter einander. Es muß auch das Grundgesetz allen Völkerrechts sein.

Der Rektor des dänischen Seminars in Tondern soll nach einem Zeitungsbericht den abgehenden Seminaristen des letzten Sommers mitgegeben haben: Behandelt die Menschen nicht nach dem, was sie verdienen, sondern so, daß das, was du tust, deiner würdig ist.“

Ich will nicht darüber urteilen, wieweit das Verhalten Dänemarks gegenüber unserer Minderheit dort oben solcher Maxime entspricht, aber ich möchte, daß sie bei uns verwirklicht werde. Deutschland hat im Umgang mit anderen Völkern eine Tradition zu wahren, die nicht nur unsere Nachbarn, sondern auch wir selbst vergessen haben. In Deutschland wurde die Freiheit des Gewissens erkämpft durch Martin Luther. Hier wurde nach einem dreißigjährigen, bis zur Selbstvernichtung durchgeführten Krieg die Freiheit des Glaubens zum Gesetz. Hier wurde um 1800 die Freiheit der Völker durch Herder und seine Schüler verkündet. Einer von ihnen, der in Stavanger geborene und in Kopenhagen ausgebildete Vetter Grundtvigs konnte sagen: „Deutschland ist berufen, alle kultivierten Völker des Festlandes zu befreien, nicht dadurch, daß es seine Art fremden Völkern aufdrängt, vielmehr dadurch, daß es jedes Volk auf sich selbst und seine besondere Geschichte hinweist.“

Deutschland aber ist gestrauchelt an der Forderung des 19. Jahrhunderts nach politischer Freiheit und an der Forderung nach volklichem Eigenleben der nationalen Minderheiten. Beide Forderungen enthalten in ihren letzten Folgerungen Gefahrenmomente für den modernen Staat. Bismarck ist es nicht gelungen, sie dem aufbauenden Blutstrom des deutschen Staatslebens einzufügen. Darum glaubte er nach einem Jahrzehnt vergeblicher Bemühungen ihre Vertreter vernichten zu müssen. Das Jahr 1878 scheint einen Wendepunkt zu bezeichnen. Damals der Rücktritt des liberalen Kultusministers Falck, damals der Übergang von der liberalen Wirtschaftspolitik zum Schutzzoll, damals die Aufhebung des Artikels V über die Abstammung in Nordschleswig, damals das Sozialistengesetz und im gleichen Jahr die Verordnung, daß der Unterricht an den Landschulen Nordschleswigs, der bis dahin ausschließlich dänisch gewesen war, zur Hälfte in deutscher Sprache erteilt werden müsse. Vierzehn Jahre später erst wurde die andere Hälfte des dänischen Unterrichts gestrichen. Preußen galt fortan als Inbegriff politischer und nationaler Unzuldsamkeit und Unterdrückung.

Was Schuld, was Schicksal war, entzieht sich unserm Urteil. Die Lehren zweier verllorener Weltkriege aber zwingen uns zur Besinnung. Wir wollen keine feurigen Kohlen auf dem Haupte Dänemarks sammeln, aber auch nicht in einem Gefühlskomplex verharren, weil unser Nachbar aus ihm nicht herauszufinden vermag.

Unsere Grenzfriedensbriefe

erscheinen bisher in unregelmäßiger Folge und nur dann, wenn wir zu bestimmten Dingen des Geschehens im Grenzlande anderer Meinung sind und es uns nicht möglich ist, diese durch die Tagespresse unseren Freunden zugänglich zu machen.

Es ist nun verschiedentlich der Wunsch laut geworden, wir möchten laufend über das, was in der Grenzlandarbeit geschieht, unterrichten und die Zeitabstände zwischen den einzelnen Briefen verkürzen. Wir werden trotz der damit verbundenen Kosten versuchen, dem Wunsch gerecht zu werden, glauben aber, daß es dann nötig sein wird, den bisherigen mehr persönlichen

Charakter zu ändern und bitten um Mitarbeit unserer Freunde und Mitglieder. Leider werden wir vorläufig die Beiträge nicht honorieren können. Für weitere Anregungen sind wir dankbar, auch für Fragen, auf die man Antwort wünscht. Selbstverständlich lassen wir auch andere Meinungen zu Worte kommen, wenn sie zur Klärung unserer Probleme beitragen können.

Unsere Arbeit

geht weiter. Wir haben seit dem letzten Rundbrief insbesondere in Wochenendlehrgängen versucht, unsere Gedanken an die Arbeiterschaft heranzubringen. Im Sommer machten wir in Wassersleben den Anfang. Wir waren weiter in Westerland, in Wyk auf Föhr, in Schleswig, in Eckernförde und ein zweites Mal in Flensburg. Wir haben die Absicht, weitere Lehrgänge dieser Art an anderen Orten unserer Heimat abzuhalten. Weiter haben wir gesprochen in Lehrervereinen, Jungbauernversammlungen und in Volkshochschulkursen.

Es handelt sich nicht nur darum, den Schleswigern Mut zu machen für Deutschland, sondern auch den Holsteinern nahezu legen, daß die schleswigische Angelegenheit eine schleswig-holsteinische ist und daß in der Brückenaufgabe gen Norden auch Holstein seine Bedeutung hat. Durch Holstein hat Schleswig seine Verbindung mit dem Reich bekommen, und über Holstein wird aus Schleswig das aus dem Norden fließen, was die breite Schicht des deutschen Volkes an dänisch-nordischer Art bereichern und in europäischer Gesinnung fördern kann.

Von Wodder nach Kopenhagen, von Deutschland zu Europa

Das ist der Titel eines Buches, das uns Pastor D. h. c. Schmidt-Wodder zu Weihnachten geschenkt hat. Es ist der Bericht eines langen Lebens im Dienst am Deutschtum in Nordschleswig. Denen, die mit ihm gegangen sind, zeigt es rückschauend die Linie, die er innehielt, beleuchtet manche Stelle, die mancher damals vielleicht nicht durchschaute und ist überall durchglüht vom Glauben an Deutschland und seine Zukunft.

Uns vom Grenzfriedensbund sagt das Buch um so mehr, als Pastor Schmid auch den Weg vorgezeigt hat, den wir in Südschleswig zu gehen uns vorgenommen haben. Er war der Gründer des „Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark“, der sich im Jahre 1909 der „Köllergesinnung“ entgegenstellte. Ohne daran zu denken, haben wir den Namen dieses Vereins wieder aufleben lassen und wurden erst später darauf aufmerksam gemacht, trotzdem ich es hätte wissen sollen. Es mag ein Zeichen dafür sein, wie tief seine Gedanken in uns hineingegangen sind und wie sie in uns blieben, auch als die Erinnerung an den Anfang verloren gegangen war.

Allen Mitgliedern und Freunden ein gutes Jahr 1952

Detlef Hansen

DRUCKSACHE

**Bund für deutsche Friedensarbeit
im Grenzlande e. V.
(Grenzfriedensbund)**

**HUSUM, Brinkmannstraße 29
Fernruf 425**

24b